



**Rede des  
Bundesministers der Verteidigung,  
Dr. Franz Josef Jung,  
am 17. Juni 2008  
zur Gedenkveranstaltung  
der Bundesregierung  
zum 17. Juni 1953  
auf dem Friedhof Seestraße 92  
in Berlin**

**Es gilt das gesprochene Wort**

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

sehr geehrte Frau Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses,

sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestags und des Berliner Abgeordnetenhauses,

meine Damen und Herren,

„*Einigkeit und Recht und Freiheit*“<sup>1</sup> – wir alle kennen diese Worte unserer Nationalhymne. Oft gehen sie uns leicht über die Lippen und wir denken nicht über den tieferen Sinn nach.

Es gibt Tage, an denen die Worte der Nationalhymne ihren tieferen Sinn entfalten können - Tage, an denen sich die Geschichte verdich-

---

<sup>1</sup> August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798-1874), dichtete das „Lied der Deutschen“ am 26. August 1841 nach seiner Ankunft auf der damals britischen Insel Helgoland.

tet und wir uns als Nation im wirklichen Sinn, als Gemeinschaft begreifen können, als Gemeinschaft derjenigen, die vor uns waren, der Heutigen und derjenigen an die wir morgen den Stab übergeben.

Der 17. Juni ist ein solcher Tag. Einigkeit und Recht und Freiheit: sie gehören untrennbar zusammen, sie fallen uns nicht in den Schoß. Wir müssen um diese Fundamente unseres Gemeinwesens kämpfen, und wir müssen sie, wenn es darauf ankommt, verteidigen. Lange mussten die Menschen in der DDR auf die Verwirklichung dieses Ziels warten.

Am 17. Juni 1953 gingen in Berlin, Magdeburg, Halle, Dresden und anderen Orten der DDR Bürger auf die Straße, um Recht, Freiheit, und die nationale Einheit einzufordern. Sie boten damit einem Unrechtsregime die Stirn, das den freien Willen des Volkes mit Füßen trat.

Der sich schnell ausbreitende Aufstand wurde blutig niedergeschlagen. Das Ministerium für

Staatssicherheit, die Deutsche Volkspolizei und die Sowjetarmee verhafteten in den folgenden Tagen Tausende sogenannter „Provokateure“.

Der Sicherheitsapparat, allen voran die Staatssicherheit und die Deutsche Volkspolizei, wurden nach dem 17. Juni 1953 planmäßig ausgebaut – ein deutlicher Hinweis, wie groß die Furcht der Regierenden vor dem eigenen Volk war.

Der Volksaufstand in der DDR hat auch eine europäische Dimension. Er markiert den Beginn einer Reihe von Erhebungen gegen den Kommunismus sowjetischer Prägung in Europa: Ungarn 1956, über die Tschechoslowakei 1968, Polen 1980/81 bis zum Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Ostmitteleuropa 1989/90.

Der Volksaufstand in der DDR hat seinen Platz in der deutschen Geschichte.

Zum einen zeigt das Ereignis, dass der Regierung in Ost-Berlin der Rückhalt im Volk und damit jede demokratische Legitimation gefehlt hat.

Der Volksaufstand demaskierte das moralisch und wirtschaftlich bankrotte kommunistische System. Offensichtliche Misswirtschaft, Gängelerei, Bespitzelung durch Partei und Staat bis hin zur politischen Verfolgung und Repression trieben damals die Menschen in Berlin, Halle, Leipzig und anderswo zum Protest auf die Strassen. Forderungen nach Meinungsfreiheit und freien Wahlen kamen hinzu.

Nur durch die Gewalt der sowjetischen Panzer konnte das SED-Regime an der Macht bleiben.

Die blutige Niederschlagung, die vermutlich 60 Menschen das Leben kostete, und die anschließende Verhaftungswelle bewiesen Deutschland und der Welt, dass weder die Sowjetunion noch die Ost-Berliner Zentrale die Macht freiwillig abgeben würden.

Zweitens kann zu Recht von einem Aufstand des Volkes gesprochen werden. Mehr als eine Million Menschen erhoben sich damals in 700 Städten und Gemeinden.

Neuere Forschungen belegen, dass der Widerstand ein viel breiteres gesamtgesellschaftliches Spektrum repräsentierte, als bislang angenommen. Neben Arbeitern beteiligten sich auch Verwaltungsangestellte und Angehörige akademischer Berufe an den Protesten. Der 17. Juni 1953 war mehr als ein reiner Arbeiteraufstand und er war auch viel mehr als eine regionale Erhebung. Die Ereignisse nahmen zwar in Berlin ihren Anfang, sie verbreiteten sich dann aber rasch über die ganze Republik. In drei Viertel aller Stadt- und Landkreise mussten die Militärkommandeure der sowjetischen Besatzungsmacht den Ausnahmezustand erklären.

Schließlich offenbarte der 17. Juni den Wunsch der Menschen in der DDR nach Freiheit und Einheit.

Am Ende wurden die Ketten der Unfreiheit gesprengt. Aus „Wir sind das Volk“ wurde „Wir sind ein Volk“. Der 17. Juni 1953 und der 9. November 1989 gehören zusammen. Die Erinnerung an den 17. Juni hat dabei geholfen. Schon einen Tag nach dem Volksaufstand erklärte Bundeskanzler Konrad Adenauer vor dem Deutschen Bundestag: „Die Bundesregierung empfindet mit den Männern und Frauen, die heute in Berlin Befreiung von Unterdrückung und Not verlangen. Wir versichern ihnen, dass wir in innerster Verbundenheit zu ihnen stehen.“ Diese Verpflichtung gilt bis heute.

Seit 1954 wurde der 17. Juni als „*Tag der deutschen Einheit*“ als Feiertag begangen. Die jährliche Erinnerung zeigte, dass der Wunsch der ostdeutschen Landsleute nach Freiheit und Einheit auch im Westen gehört und nicht vergessen wurde. Und er ist ein Aufruf nicht nachzulassen, Unrecht Unrecht zu nennen und sich für eine bessere Welt einzusetzen: Einigkeit und Recht und Freiheit.

Wenn wir heute an das Ereignis vor 55 Jahren erinnern, dann tun wir das auch, um all jenen entgegenzutreten, die ein beschönigendes Bild von der Deutschen Demokratischen Republik entwerfen, das mit der historischen Wirklichkeit nichts zu tun hat. Der 17. Juni 1953 gehört zu den historischen Daten, die unmissverständlich deutlich machen, was die DDR wirklich war: Nämlich eine Diktatur und ein Unrechtsstaat.

Eine Auseinandersetzung mit diesem Teil der jüngeren deutschen Geschichte kann dabei gerade jungen Menschen helfen, besser zu verstehen, was eine Diktatur von einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung unterscheidet - und dass es wert ist, sich für Einigkeit, Recht und Freiheit einzusetzen.

Der Jahrestag des Volksaufstands in der DDR darf nicht zu einem Pflichttermin im offiziellen Kalender werden. Wir alle stehen in der Verantwortung, die Erinnerung an die Ereignisse vor 55 Jahren wach zu halten. Wir sind es den Opfern des 17. Juni 1953 schuldig.



Im Namen der Bundesregierung verneige ich mich vor den mutigen Frauen und Männern des Volksaufstandes, und vor den Opfern, die für Frieden und Freiheit ihr Leben ließen.